



FDP- Thesen Tourismus

Die Tourismuswirtschaft leistet im Kanton Bern einen wesentlichen Beitrag zum Bruttosozialprodukt und zum Arbeitsplatzangebot. Für viele Gebiete im Berner Oberland bildet der Tourismus die wirtschaftliche Lebensgrundlage.

1. Auf jede Art von Strukturierungspolitik ist zu verzichten.
2. Die Tourismuswirtschaft bekennt sich zur Marktwirtschaft und zur unternehmerischen Initiative. Die Leistungserbringer im Tourismus richten ihre Strukturen und Angebote auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Marktes aus.
3. Die Werbung für Tourismus-Destinationen und touristische Regionen sowie wichtige Veranstaltungen werden aus Abgaben aus der Tourismuswirtschaft (Beherbergungsabgabe) und der Wirtschaft in den Tourismusregionen (Tourismusförderungs-Abgabe TFA) finanziert. Der Kanton schafft dafür die rechtlichen Voraussetzungen. Die Tourismus-Destinationen setzen die Mittel selbstverantwortlich ein.
4. Für die stark klein- und mittelbetrieblich strukturierte Tourismusbranche sind die administrativen Belastungen auf ein Minimum zu beschränken.
5. Wettbewerbsnachteile der bernischen Tourismuswirtschaft gegenüber der Konkurrenz im In- und Ausland durch eine grössere Regelungsdichte und eine strengere kantonale Handhabung von Bundesvorschriften insbesondere im Raumplanungs- und Umweltrecht sind zu beseitigen.
6. Die Tourismusdestinationen im Kanton Bern müssen in ihrer Entwicklung mit der Konkurrenz im In- und Ausland mithalten und Wettbewerbsvorteile aufbauen können. Dazu braucht es eine koordinierte Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungspolitik analog dem Programm der wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP-Programm), um für den Tourismus bedeutende Vorhaben rasch verwirklichen zu können.
7. Der Bau und die Erneuerung von Infrastrukturanlagen der Basiserschliessung und Schutzmassnahmen werden mit allgemeinen Staatsmitteln finanziert.
8. Regionalpolitische Ziele dürfen keine Begründung für staatliche Interventionen in die Tourismuswirtschaft sein. Der Kanton kann hingegen im Rahmen seiner Regionalpolitik den Tourismus in Randregionen mit allgemeinen Staatsmitteln fördern. Im Vordergrund stehen dabei Investitionsbeiträge und Beiträge für touristische Entwicklungsprogramme.

Verfasser: Melchior Buchs, Christoph Erb, Marianne Staub
Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 2. Februar 2005 in Interlaken